



tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 55 · Frühjahr 2013 · Kostenlos



**20 JAHRE NACH DEM BRANDANSCHLAG —
DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS**

INHALT

Gedenk-Demonstration zum 20. Jahrestag des Brandanschlags	3
Stimmungsbilder - Hat sich etwas verändert?	4+5
Stadtrat: Die SWS sollen den SolingerInnen gehören	6+7
Gräfrath zwischen Berlin und Belorussia	8
Löschwasservertrag: Betrug ohne Folgen für die Bürger?	9
Stadt verleiht 50 Mio. € an italienische Bank	9
Werner Rügemers erhellendes Buch über Ratingagenturen	10
Ausgewählte Kurzmeldungen	11 + 12 + 13
Hüört Ens - Lebendige Kultur in Solinger Platt	14 + 15
Leserbrief	15

Die Geheimnisse des Waldes im Kino entdecken Vorführung der Naturdokumentation „Geheimnisse des Waldes“

In ruhigen und wunderschönen Bildern des Tierfilmers Hans-Jürgen Zimmermann wird dieser Film aus der Perspektive einer Frau erzählt, die es in jeder freien Minute hinaus in den Wald zieht, um die Natur hautnah zu erleben.


Dabei genießt sie den Wald mit allen Sinnen. Mal sind es die bunten Farben der Blätter, Moose und Farne, die den Wald zu allen Jahreszeiten verzaubern, mal ist es die unverwechselbare Geräuschkulisse aus der Mischung des leisen Rauschens der Bäume und den Vogelstimmen.

Der Film zeigt in fantastischen Bildern die schönsten Naturbeobachtungen im Laufe eines Jahres. Neben bekannten Waldbewohnern wie Rehen, Hirschen, Wildschweinen oder Füchsen zeigt er Sperber und Wildkatze, Steinmarder und Schwarzspecht, und noch viele andere mehr.

Viele Tiere erlebt der Zuschauer so haunah, wie er sie draußen im Wald nie zu sehen bekommt

Mit dem faszinierenden Wechsel der Jahreszeiten erlebt er auch den Wald so intensiv wie nie zuvor. Ein Spiel von Licht und Farben, ein Genuss für die Sinne, für Auge und Ohr.

Ein Film für die ganze Familie, spannend und informativ zugleich.


Café Courage
 Klemens-Horn-Str. 3
 42655 Solingen
 Tel.: 0212 273636



Kino in der Cobra - Merscheider Str. 77-79 - 42699 Solingen

1.4.13, 8.4.13, 15.4.13, 22.4.13, 29.4.13 - jeweils Montags um 20 Uhr

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
 Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 Email: tacheles-solingen@gmx.de

www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft – Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70

Ausgabe 55 - 7. März 2013

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
 c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.

BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)

Konto-Nr. 546 4641

Layout: Heinz Mähner

Titelfoto: (cc) Sir James at de.wikipedia

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung
 Bürgerinitiativenbüro e.V.
 BLZ 330 605 92
 (Sparda Bank)
 Konto-Nr. 546 4641
 Stichwort „tacheles-Abo“



29.5.1993 - 29.5.2013 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag — Demonstration gegen Rassismus und Neofaschismus: Das Problem heißt Rassismus!

Vor 20 Jahren wurden Gürsün Ince, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç, fünf Frauen und Mädchen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte, bei einem Brandanschlag in Solingen ermordet. Dieses Verbrechen war der entscheidliche Höhepunkt einer Reihe von rassistischen Pogromen und Anschlägen gegen MigrantInnen.

Sie geschahen in einem rassistisch aufgeheizten Klima. Konservative und äußerst rechte Kreise hatten mit Unterstützung vor allem der CDU und Zustimmung von SPD und FDP eine Hetzkampagne gegen Flüchtlinge geführt. U.a. wurden damit Mehrheiten für die fast vollständige Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl erzeugt. Diese Politik der Stimmungsmache gegen Minderheiten ist bis heute nicht beendet, sondern sie wird in Wellen immer wieder durchgeführt. Die Medienkampagne gegen MigrantInnen anlässlich der rassistischen Thesen von Thilo Sarrazin sowie die mit der Hetze gegen Roma erneut angeheizte Debatte um die weitere Verschärfung der Bedingungen für Flüchtlinge bestätigen dies.

Für MigrantInnen gelten nach wie vor keine gleichen sozialen und politischen Rechte. Diesbezüglich blockiert die CDU immer noch das Wahlrecht für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Den Nicht-EU-BürgerInnen wird selbst das kommunale Wahlrecht nicht zugestanden. Weiterhin fehlt das Recht auf Doppelte Staatsbürgerschaft, hiervon sind besonders viele junge türkistämmige Menschen betroffen. Die MigrantInnen sind in viel höherem Maß von Arbeitslosigkeit betroffen. Selbst im öffentlichen Dienst sind MigrantInnen in aller Regel auf schlechter bezahlte Stellen verwiesen und haben kaum eine Chance, Leitungsfunktionen einzunehmen. MigrantInnen erleben auch im Alltag immer wieder Rassismus.

Auch die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Deutschland haben sich nicht verbessert: Seit der 1993 erfolgten Grundgesetzänderung und faktischen Asylrechtsabschaffung gelangen nur die wenigsten Flüchtlinge überhaupt noch nach Deutschland. Tausende ertrinken im Meer oder werden an den Grenzen zurückgeschickt. Noch immer wird vielen Flüchtlingen die Arbeitserlaubnis verweigert. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften ist diskriminierend. Weiterhin gilt für viele Flüchtlinge die Residenzpflicht, das heißt, sie dürfen die Stadt/den Kreis, in dem sie leben, nicht verlassen.

Wir brauchen eine viel intensivere Zusammenarbeit zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich für Menschenrechte und gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus einsetzen.

Dazu ist es notwendig, diese Kräfte insgesamt zu bekämpfen. Wir wehren uns auch gegen faschistische und islamistische Gruppierungen wie z.B. die Grauen Wölfe, Milli Görüs oder die Fethullah-Gülen-Bewegung. Wir fordern:

- **Gleiche soziale und politische Rechte und Wahlrecht für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.**
- **Ein wirkliches Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen.**
- **Das Recht auf Doppelte Staatsangehörigkeit.**
- **Engagierte Arbeit gegen institutionellen Rassismus und diskriminierende Verhaltensweisen.**

In Solingen haben CDU und FDP im Jahr 2000 die nach dem Brandanschlag eingeführte institutionelle Förderung von SOS-Rassismus gestoppt, das Bündnis für Toleranz wurde personell geschwächt und finanziell ausgetrocknet. Damit hat die Stadt die Gegenwehr geschwächt. Trotzdem gibt es in Solingen eine breite Bewegung gegen Nazis. Durch die Arbeit zahlreicher Initiativen, darunter Bunt statt Braun, Jugendstadtrat und Solinger Appell, entstand ein Klima, in dem bei jedem öffentlichen Auftreten der Nazis breit getragene Gegenaktionen organisiert werden. Aber der Widerstand muss stärker werden, um die Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Gerade in den letzten Jahren traten Pro NRW und NPD verstärkt auch wieder in Solingen öffentlich auf. Nazi-Aufkleber und Nazi-Schmierereien müssen häufig entfernt werden. Mehrfach - zuletzt im Sommer letzten Jahres - wurden Bäume, die nahe des Anschlagortes zur Erinnerung an die Opfer gepflanzt wurden, gefällt. Solinger Nazis sind in Nachbarstädten aktiv und überregional vernetzt.

Es gibt Initiativen und Einrichtungen, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von MigrantInnen engagieren. Der Stadtrat beschloss 2001 und 2011 Interkulturelle Gesamtkonzepte, aber die Umsetzung kommt nur äußerst schleppend voran. Dies zeigt sich besonders bei dem geringen Anteil von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. Auch die soziostrukturellen Daten zeigen die Benachteiligung der MigrantInnen auf. Wir fordern:

- **Wieder eine dauerhafte finanzielle Förderung für antirassistische und antifaschistische Aktivitäten in Solingen.**
- **In der Solinger Stadtverwaltung und bei anderen öffentlichen Einrichtungen sollen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf allen Ebenen gemäß ihres Bevölkerungsanteils vertreten sein.**

- Wir treten für ein solidarisches Zusammenleben aller hier lebenden Menschen ein.

Seit 1990 wurden in Deutschland mindestens 182 Menschen Opfer neonazistischer und rassistischer Gewalt. Rassistische, faschistische und antisemitische Organisationen müssen und können nach dem Grundgesetz verboten werden. Der Staat schützt stattdessen Nazis bei Demonstrationen gegen Moscheen und Synagogen. Der Verfassungsschutz spielt eine verhängnisvolle Rolle im Zusammenhang mit den Neonazis, dies war schon beim Solinger Brandanschlag 1993 so: Der V-Mann des Verfassungsschutzes Bernd Schmitt organisierte in seiner Solinger Kampfsportschule „Deutsche Abende“. Er trainierte u.a. die „Nationalistische Front“ und führte Ordnerdienste für die faschistische „Deutsche Liga“ durch. Mehrere der später für den Brandanschlag Verurteilten trainierten dort. Ohne die Unterstützung des Verfassungsschutzes wäre die Solinger Naziszene nicht so gestärkt worden.

Auch bei den zehn Morden der neonazistischen Terrorgruppe NSU wird die intensive Verstrickung des Verfassungsschutzes immer deutlicher. Der Thüringer Heimatschutz, aus dem sich der NSU entwickelte, wurde massiv personell und finanziell gefördert. Hier waren 40 V-Leute der Geheimdienste tätig (bei insgesamt ca. 150 Mitgliedern). Noch nach Bekanntwerden der NSU-Morde wurden mehrere Hundert Akten zu bekannten Neonazis geschreddert, bevor sie vom Untersuchungsausschuss des Bundestags eingesehen werden konnten. Es reicht nicht aus, die NSU-Morde zu betrauern, es müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir fordern:

- **Das Verbot der NPD und der gewalttätigen Nazigruppen.**
- **Die Abschaltung aller faschistischen und rassistischen Organisationen.**
- **Den Rückzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus den neofaschistischen Organisationen.**
- **Vollständige Aufklärung über die und Stopp der Unterstützung des Verfassungsschutzes für Neonazis.**

**Werdet aktiv und kommt zur Demonstration am 29. Mai auf dem Rathausplatz in Solingen:
19.00 Uhr Kundgebung/
19.30 Uhr Beginn der Gedenk-Demonstration**

Veranstalter: Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus und weitere Organisationen. c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen.

Stimmungsbilder: 20 Jahre nach dem Brandanschlag — hat sich seit dem etwas verändert? Teil 2

Helmut Eckermann

Meiner Meinung nach sind die meisten Menschen aufmerksamer geworden was rechtsextremistische Aktivitäten betrifft. Viele sind auch bereit, vor, bzw. bei geplanten Veranstaltungen der Rechten etwas zu tun.

Ich habe die Hoffnung, dass der schreckliche Brandanschlag viele Menschen auf Dauer dazu veranlasst haben, in verschiedenen Gruppen, Arbeitskreisen oder in Organisationen aktiv zu werden.

Peter Nied

Der bittere Beigeschmack bleibt

Ein allgemeines, gelebtes Gefühl für Akzeptanz und Toleranz innerhalb einer Gesellschaft ist das eine, ein ganz anderes ist die Umsetzung dieser Verhaltensweise. Will heißen, in Solingen sind wir auf dem richtigen Weg, aber eine schweigende Mehrheit ist nicht bereit diesen Weg zu beschreiten.

Es hat sich einiges nach dem Brandanschlag in unserer Stadt verändert, es ist aber auch einiges noch schlimmer geworden, was das miteinander leben betrifft. Die Ursache der Negativfaktoren ist die ureigene Angst vor einer Überfremdung und einer anderen Kultur mit grundlegenden Veränderungen. Darauf basierend haben die Gerüchte über das Verhalten der Familie Genç immer wieder neue Nahrung gefunden. Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien, so wie die Problematik um die Szene der Solinger Salafisten stellen ein aktuelles Problem.

Alle diese Ressentiments werden von rassistischen und neofaschistischen Gruppen wie pro-nrw und der NPD mit platten Attitüden bedient. Bei einer schweigenden Mehrheit trifft das auf offene Ohren, macht sich jedoch bei den Wahlen nicht unbedingt bemerkbar.

Und schließlich gibt und gab es noch die konservative Verweigerung. Hier steht man zum Schwur: „Nie wieder so etwas wie den Solinger Brandanschlag“, verhindert aber mit allen Mitteln eine konstruktive Arbeit gegen Rassismus, indem man die Mittel streicht. Juli 2000: Nach sieben Jahren erfolgreicher Arbeit durch SOS Rassismus, streicht die Solinger CDU dem von SPD und Grünen initiierten Projekt sämtliche finanzielle Mittel. Und im November 2001: Die Solinger CDU setzt durch, dass die finanzielle Förderung des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage auf „Null“ gesetzt wird. Bei einer Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Bunt statt Braun“ 2012 zeigt sich der Kreisparteivorsitzende der Solinger CDU, Peter Schmiegelow, uneinsichtig und ablehnend.

Es gab und gibt aber auch positive Ansätze in dieser Stadt. Die Menschen sind schon sensibler in der Thematik geworden. Schulen,

Vereine und Betriebe handeln konsequenter und nehmen das Thema auf.

Solange Ursachen und Motivationen des Brandanschlags aber nicht aufgearbeitet sind, können wir versuchen miteinander zu leben; bewältigt ist damit das eigentliche Übel absolut nicht. Wunschdenken hilft da keiner Seite.

Sibylle Arians

Vor einem Jahr traf ich beim Klassentreffen meiner damaligen 7. Klasse Orhan (Name geändert) wieder. Ich erinnerte mich noch gut daran, wie ich ihn im Fernsehen mit einer Horde aufgebrachter Landsleute durch die verbarrikadierte Hauptstraße laufen sah, 13 Jahre alt, einen dicken Knüppel in der Hand, irgendetwas brüllend.

Das hat mich sehr erschreckt! Einige Monate später stellte ich ihn in der Schule zur Rede, weil er ein Abzeichen der 'Grauen Wölfe' an einer Kette um den Hals trug. Daraufhin beschwerte sich seine Familie beim türkischen Konsulat in Düsseldorf und es fanden Gespräche mit mir und der Schulleitung statt, in denen sich Schulleiter Müller eindeutig hinter mich stellte und das Tragen solcher Abzeichen verbot. - Wir sprachen darüber beim Klassentreffen 2012. Orhan, ein wenig verlegen, inzwischen Familienvater und in einem Dörfchen im Alpenvorland zuhause, sagte dass er sich gut an die Angst und die Wut erinnern kann, die er damals verspürt hat. Aber auch, dass für ihn und seine Kinder Deutschland Heimat geworden ist und dass er sich heute nicht mehr vorstellen könnte, in die Heimat seiner Eltern zurück zu kehren. Sprach's mit einem deutlich bayerischen Tonfall, zeigte Fotos von Frau und Kindern und lächelte zufrieden dabei.

Ob alle so gut 'angekommen' sind? Mir fallen immer häufiger Firmennamen auf die anzeigen, dass die Gründer ihre Wurzeln in der Türkei oder in Italien usw. haben. Das zeigt, dass mit der Zeit 'Gastarbeiter' zu Einheimischen werden. Ich denke, inzwischen sind viele mitten in unserer Gesellschaft angekommen. - Mir ist aber auch bewusst, dass unter den Familien, die verstärkt von prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitslosigkeit betroffen sind, ein hoher Prozentsatz Wurzeln in der Türkei und anderen Zuwanderungsländern hat: Sie gehören in unserem Land häufiger zu den Benachteiligten der miserablen Sozial-, Integrations-, Bildungs-, und Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte. Daraus erwachsen Frustration und Wut, der Nährboden für Fundamentalismus und Aggressionsbereitschaft

und gleichzeitig für Zukunftsangst und Projektionen. Die Aus-schreitungen zwischen Salafisten und Neonazis, auch in Solingen im vergangenen Jahr, sehe ich als Ausdruck dessen. Die guten Ansätze in unserer Stadt für ein friedliches buntes Miteinander von Menschen jeglicher Herkunft werden oft konterkariert durch die allgemeine soziale und wirtschaftliche Entwicklung: Die Konflikte in unserer Gesellschaft sind in meinen Augen weniger die zwischen „uns“ und denen, die uns fremd sind, sondern die zwischen den Opfern und den Nutznießern der neoliberalen Globalisierung. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass wir eine neue Politik der sozialen Absicherung und Solidarität brauchen, eine Politik, die den Menschen dient und nicht „der Wirtschaft“. So wie sich Solingen zu einem solidarischen Gemeinwesen entwickelt, wird auch die Integration stattfinden.

Und hier noch eine Anekdote:

Völlig verständnislos empörte sich ein kurdischer Freund über den demütigenden Brauch, im Karneval Kinder dazu zu zwingen, sich zu bücken und im Schmutz Bonbons und andere Dinge aufzusammeln. Das fand er richtig menschenverachtend! Ich bat ihn, doch einmal hinzuschauen, mit welcher Geste die Karmelle geworfen werden und mit welchem Ausdruck in den Gesichtern derjenigen, die sie mit vollen Händen in die Luft schmeißen. Und er möge doch auf das Bemühen der Menschen am Straßenrand achten, die tollen Sachen schon aus der Luft zu fangen. Und darauf, mit welchem Eifer und welcher Freude die kleinen Sammlerinnen und Sammler ihre Beute in Taschen und Tüten verstauen. Nach dem Zug hatte er es dann begriffen: Niemand MUSS sich bücken. - Aber nicht alle haben das Geschick und das Glück, die ersehnten Leckereien im Flug zu erhaschen. Leider landen dann die verfehlten Teile der Schwerkraft folgend auf dem Boden, oft im Dreck. Seitdem sieht mein kurdischer Freund den Karneval ein wenig freundlicher. - Manchmal braucht man halt ein wenig Nachhilfe im Verstehen ausländischer Bräuche.

**Garten
gestaltung
& -pflege**

**Thomas
Wendt**

0212
81 73 73



20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag Gestern wie heute - Stoppt den Naziterror

Vor 20 Jahren, am 29. Mai 1993, übten Solinger Neonazis einen feigen Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genc aus. Fünf Frauen und Mädchen starben in den Flammen. Es war Mord!

Zuvor, 1991 und 1992, brannten in Hoyerswerda, in Rostock-Lichtenhagen und Mölln Unterkünfte von Asylsuchenden unter dem johlenden Beifall eines rechten Mobs. Männer, Frauen und Kinder wurden gejagt, verletzt oder in Todesangst versetzt. Seit 1990 starben in unserem Land mehr als 180 Menschen infolge rechter Gewalt. Rassismus ist in Deutschland und Europa zur tödlichen Gefahr geworden.

Mit Abscheu denken wir an den Anschlag auf das Münchener Oktoberfest, die Terrorakte von Nazis in Bologna, London und Madrid mit Hunderten von Toten.

Gestern wie heute - Rufmord ging den Morden voraus

Im Rahmen der Debatte um die angekündigte Grundgesetzänderung zur Verschärfung des Asylrechts kam es zur Eskalation eines rassistischen Klimas. Zügellos und demagogisch wurde gegen den Zuzug von Flüchtlingen und die angebliche Überforderung des Sozialstaates gehetzt. So „warnte“ Stoiber vor einer „durchmischten und durchrassten“ Gesell-

schaft. Eine Sprache, die an den Nazijargon erinnert. Schönhuber prägte den Satz: „Das Boot ist voll.“ Worte wie Sozialschmarotzer, Scheinasylanten und Asylantenschwemme machten nicht nur an deutschen Stammtischen die Runde. Ähnlich äußerten sich Politiker im Bundestag. Die Stimmung wurde kräftig von der Boulevardpresse angeheizt, allen voran von der Bildzeitung. Dieses Klima war der Nährboden, auch für die Morde von Solingen.

Gestern wie heute - Die Rolle des Verfassungsschutzes

Die Rolle des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem Brandanschlag in Solingen wurde bis heute nicht aufgearbeitet. Damals existierte in Gräfrath, dem idyllischen Stadtteil von Solingen, Hak Pao, ein Kampfsportverein, dessen Mitglieder engste Kontakte zur 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF) und anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen im In- und Ausland unterhielten. Viele von ihnen stellten den „Saalschutz“ bei Nazi-Veranstaltungen. Auch drei von vier Angeklagten im Prozess zum Solinger Brandanschlag waren bis zu ihrer Verhaftung Mitglieder dieses Verbandes. Kurz nach dem Brandanschlag wurden aus dem Gebäude der Kampfsportschule 55.000 Aktenblätter in einer Nacht- und Nebelaktion abtransportiert. Was musste so dringend verschwinden?

Welche Brisanz hatte dieses Material? Ein Augenzeuge informierte die Polizei. Sie schritt nicht ein. Wer verhinderte das? Erst Silvester 1993 wurden diese Akten aufgefunden und beschlagnahmt. Wie viele waren bis zu diesem Zeitpunkt schon vernichtet worden? Die Unterlagen enthielten Observierungsprotokolle, Handzettelauftrufe zum Bau von Molotowcocktails, Einsatzbefehle für Aktionen zur Sachbeschädigung bis zur schweren Körperverletzung, Lageskizzen von Häusern und Wohnungen fast ausschließlich von Ausländern, datiert bis zum Brandanschlag. Der Leiter der Kampfsportschule, Bernd Schmitt, war V-Mann des Verfassungsschutzes. Er stand auf der Gehaltsliste des Innenministeriums.

Gestern wie heute? Ja! Tausende von Beweismitteln wurden im Zusammenhang mit der Terrorgruppe NSU geschreddert und vernichtet, einer Gruppe, der mehr als zehn Morde zur Last gelegt werden. Welch ein Hohn angesichts der Opfer des rechten Terrors und der anhaltenden Aktivitäten der Nazis in unserem Land!

Die VVN-BdA fordert:

- **Das Verbot der NPD und aller Naziorganisationen**
- **Auflösung des Verfassungsschutzes und der MAD**
- **Rückhaltlose Aufklärung aller Verbindungen zwischen Nazis und Geheimdiensten**
- **Stopp der Hetze und Stimmungsmache gegen Asylanten und Mitbürger mit Migrationshintergrund**
- **Keine finanziellen Kürzungen bei Antirassismus-Projekten.**

VVN-BdA Solingen

COBRA Solingen
Merscheider Straße 77-79
42699 Solingen
24. Mai 2013
Beginn: 19.30 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr
Erwachsene: 10,00 Euro, Schüler: 5,00 Euro

UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

Der Rat hat entschieden: Die Stadtwerke sollen dauerhaft den SolingerInnen gehören!

Am 21. Februar 2013 beschloss der Solinger Stadtrat mit den Stimmen der Gestaltungsmehrheit (SPD, Grüne-offene Liste, BfS und DSW) sowie Solingen Aktiv gegen CDU (einschließlich OB Feith), FDP und FBU: Die Stadtwerke Solingen GmbH (SWS) sollen zu 100% den SolingerInnen und Solingern gehören. Im Beschluss heißt es u.a.:

„Die Zukunftsfähigkeit der Stadtwerke Solingen GmbH und insbesondere die erfolgreiche Bewältigung der Energiewende werden durch horizontale Kooperationen und die Weiterentwicklung von Netzwerkstrukturen mit anderen kommunalen Stadtwerken und Stadtwerke-Verbänden sicher gestellt. Zur Steuerung dieser horizontaler Kooperation und Netzwerkverbände soll eine entsprechende personelle Kapazität bei der SWS GmbH ausgebaut werden. Außer möglichen Beteiligungen einer Bürgerenergiegenossenschaft (...) finden keine weiteren SWS-Anteilsverkäufe statt.“

Schon fünf Monate zuvor hatte der Rat mit den Stimmen von SPD, Grünen-offene Liste, BfS, DSW, OB Feith und Solingen aktiv gegen die Stimmen von CDU, FDP und FBU den Rückkauf der Anteile der MVV AG an der SWS beschlossen. Die MVV AG hatte seit 2001 49,9% der Anteile der SWS GmbH besessen. 2001 wurden zwar direkt nach dem Verkaufsbeschluss von Grünen, ÖDP, BürgerInnen und Stadtwerke-MitarbeiterInnen die erforderlichen Unterschriften für ein Bürgerbegehren dagegen gesammelt. Dennoch wurde dieses von der damaligen Ratsmehrheit abgelehnt, weil man den Verkauf ja in der Zwischenzeit rechtsfest gemacht habe.

Mit dem Beschluss vom 21.2.2013 wurde der Plan von CDU, FDP, FBU und OB Feith verworfen, die gerade erst erreichte Rekommunalisierung der SWS sofort wieder aufzugeben und erneut einem „Strategischen Partner“ wesentliche Anteile zu verkaufen und diesem in wichtigen Fragen ein Veto-Recht einzuräumen. Stattdessen soll das notwendige Kapital für den lange verschleppten Ausbau der erneuerbaren Energien durch Anteilsverkäufe an SolingerInnen (in Form einer Bürgerenergiegenossenschaft, die bis zu 14,9% der Anteile der SWS erwerben kann) und Anlagen der BürgerInnen (Bürgerfonds, Genussrechte) finanziert werden.

Gegen den Erhalt des kommunalen Eigentum an den Stadtwerken wurden in den letzten Monaten massive Kampagnen gefahren, die teilweise jedes Maß der vernünftigen politischen Auseinandersetzung verlassen hatten. Zum Beispiel vom Vorsitzenden der Jungen Union und CDU-Ratsmitglied Daniel Flemm. Er lässt in seiner kurzen Presseerklärung kein Schimpfwort aus: „ökonomischer Irrsinn,

sozialistische Ideologie, Lügen und Täuschen, Millionenlüge, ideologische Träumereien einiger Machtbesessener“. Er versteigt sich zu der Behauptung Rekommunalisierung bedeute steigende Strompreise. Privatisierungen müssten dann also sinkende Strompreise mit sich bringen. Die segensreiche Wirkung der Privatisierung konnten wir ja bei den SWS sehen, die bis September zur Hälfte der MVV AG gehörten: Die Strompreise sind in den 11 Jahren Halbprivatisierung der SWS nicht gesunken sondern gestiegen. Die MVV AG hat immer eine ordentliche Rendite aus Solingen nach Mannheim geholt. Der Geldabfluss nach

Kommunalem Eigentum gehen gleichberechtigte horizontale Kooperationen mit anderen kommunalen Unternehmen ein. Sie sind ein wichtiger Partner für die heimische Wirtschaft. Sie sind ein bedeutender Arbeitgeber, der seine Beschäftigten mitnimmt. Auch die Gewinne der SWS bleiben künftig in Solingen und unterstützen den Busverkehr, das Orchester und vieles mehr.

Mit dem Beschluss, das Kommunale Eigentum zu ergänzen durch eine Bürgerenergiegenossenschaft erhalten die SolingerInnen die Möglichkeit, sich mit privatem Kapital an den Stadtwerken zu beteiligen. Angesichts der langen und erfolgreichen

Geschichte der Genossenschaften in Solingen ist davon auszugehen, dass dieser Weg auf positive Resonanz der BürgerInnen trifft. Dies ermöglicht es, zusätzliches Eigenkapital zu generieren, das nicht in andere Städte abfließt sondern weitgehend in Solingen bleibt. Dies ermöglicht es, die Identifikation der BürgerInnen mit ihren Stadtwerken zu fördern. Schon am 2.2.2012, also vor über einem Jahr hatte der Rat beschlossen, die BürgerInnen umfassend zu beteiligen. Dieser Beschluss wurde gegen CDU und FDP gefaßt. Er lautete:

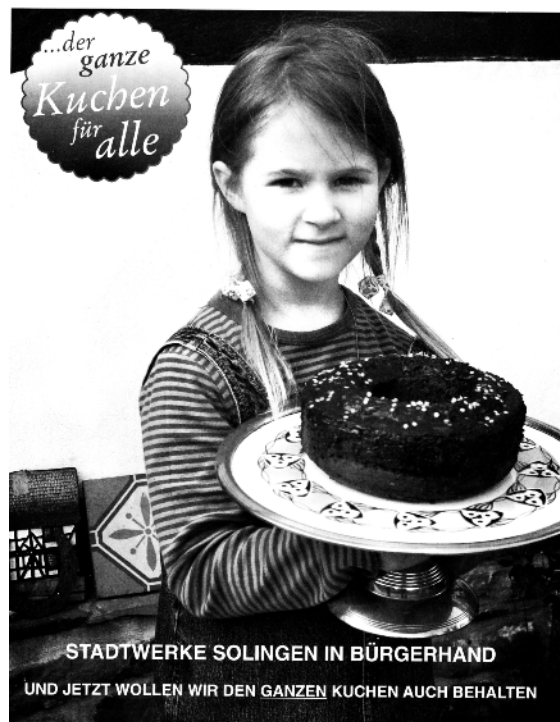
„Zur Begleitung der politischen Diskussion über die Zukunft der SWS GmbH wird in Abstimmung mit der Lenkungsgruppe ab sofort eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet.

Dazu soll u. a.

- Bürgern/Bürgerinnen, Vereinen, Verbänden und Interessengruppen die Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben werden, die durch die Stadt Solingen veröffentlicht werden sollen;
- die Stadt Solingen eine öffentliche Veranstaltung durchführen, bei der Fachreferenten die Alternativen darstellen und die Interessierten die Gelegenheit haben, sich dazu zu äußern.“

Oberbürgermeister Feith weigerte sich standhaft diesen Beschluss umzusetzen.

Dies ist aktive Arbeitsverweigerung des OBs. Der OB schlug dem Rat stattdessen am 21.2.2013 vor, einen Beschluss zu fassen, der den Verkauf großer Anteile der SWS einleitet. Die möglichen Käufer sollten dann den Bürgern vorgestellt werden. Dies ist keine Bürgerbeteiligung: Dies ist der Versuch, die BürgerInnen zu ihrer eigenen Enteignung als Zaungast einzuladen. SPD und Grüne hatten ersatzweise eigene Veranstaltungen durchgeführt, um die Mitsprache der BürgerInnen in diesem Prozess dennoch zu ermöglichen. Einen wesentlichen Anteil an der Rekommunalisierung der SWS hat aber die Bürgerinitiative Solingen gehört uns.



Auch tacheles trug zum Erfolg bei

Mannheim war so hoch, dass Solingen ohne den noch gerade rechtzeitig erfolgten Rückkauf heute keinen genehmigten Haushalt hätte. Die MVV AG hat verhindert, dass die SWS beizeiten in erneuerbare Energien eingestiegen sind, weil sie unerfüllbar hohe Renditeforderungen stellten. Die SWS stehen deshalb heute bei 1% Eigenstromerzeugung durch erneuerbare Energien - ein beschämender Wert. Hunderte Stadtwerke in Deutschland beweisen, dass Kommunales Eigentum keineswegs teurere Preise mit sich bringt als die der großen Energiemonopolisten. Stadtwerke in



Zusammen mit dem DGB und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen hat die Initiative zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, die gezeigt haben, wie erfolgreich kommunale Stadtwerke andernorts wirtschaften, wie beispielhaft die Aufgaben der Energiewende von ihnen bewältigt werden.

Im Rat stand am 21.2.2013 nach vier Jahren Diskussion über die Stadtwerke endlich eine Entscheidung an. Diese Entscheidung lautet: Die Stadtwerke gehören den Solinger BürgerInnen und dies soll so bleiben. Diese Entscheidung lautet auch: Die BürgerInnen sollen an der Diskussion über die weitere Entwicklung der SWS stärker beteiligt werden. Im Ratsbeschluss steht dazu:

„Der Rat empfiehlt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Stadtwerke Solingen GmbH, regelmäßig öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema Aufstellung und Zukunft der SWS GmbH mit Vertretern und Geschäftsführung und des Aufsichtsrates durchzuführen. Dabei soll den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Solingen und den Kundinnen und Kunden der SWS GmbH Gelegenheit gegeben werden, Anregungen zu geben und Stellung zu nehmen.“

Das Mitwirkungsinteresse der BürgerInnen, und das Engagement der Solingerinnen und Solinger für diese Stadt ist nämlich stark, auch wenn CDU, FDP, FBU und OB Feith nicht daran glauben. Der Ratsbeschluss vom 21. Februar 2013 markiert einen historischen Tag. Solingen gehört uns!

Dietmar Gaida

**Kontaktadresse:
ZukunftsWelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11**



**Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen**

A
g
e
n
d
a

P
r
e
i
s
t
r
ä
g
e
r

2
0
1
3

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören aktuell die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.

Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehört-uns.org

Gräfrath liegt zwischen Berlin und Belorussia ... Zentrum für verfolgte Künste



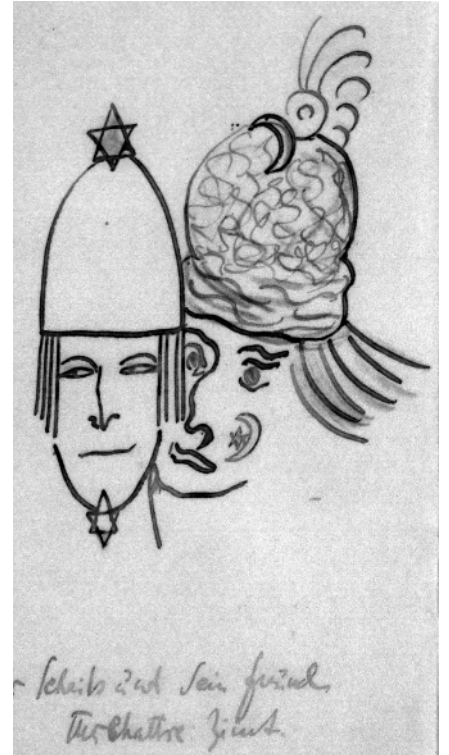
Dank der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft sind schon viele Stars ins grade in Gründung befindliche Zentrum gekommen. Hannelore Hoger hat Else geraunzt, Susanne Lothar gewispert. Günter Lamprecht ist über den Alexanderplatz geschlendert und Eva Mattes hat im Kaffeehaus nach ihrer Lesung den Wein genippt. Wenn das Zentrum dank der Geburtshilfe des Landschaftsverbandes das Licht der Welt erblickt (der stolze, nicht nachlassende Vater ist schon die erwähnte Literaturgesellschaft mit Hajo Jahn), dann tut es das auch mit Pauken und Trompeten. Vom 25. September bis 2. Oktober feiert man das erste Festival der verfolgten Künste. Künstler die verboten waren, verstummt sind oder heute wieder Auftrittsverbote haben sind geladen und werden zu Gehör gebracht und bewusst gefeiert: „Verwehte Töne“. Eröffnet wird mit dem holländischen Entertainer Robert Kreis, es wird die Berliner Autorin Lili

Grün (von den Nazis ermordet) von Claudia Gahrke gelesen und Edmund Meisels „entartete“, stampfende Musik Live zur Echtfilmprojektion „Berlin: Die Sinfonie der Großstadt“ gezeigt (2. Oktober). Am 27. September ist Lavon Volski, einer der bedeutendsten Rockmusiker Weißrusslands und Stimme der demokratischen Opposition im Zentrum mit einem Akustikset zu Gast.

Am 28. April 2013 (11 Uhr) kann man schon erleben, wie das spätere Zentrum arbeitet. Der Bogen ist weit gespannt. Gudrun Landgrebe liest und die Schriftstellerin Ingrid Bachér spricht. Manfred Lemm spielt auf. Die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft veranstaltet „Die Macht des Wortes“, denn vor 80 Jahren wurden in Deutschland Bücher verbrannt: am 1. April 1933 erstmals im heutigen NRW in Wuppertal, am 10. Mai 1933 reichsweit!

Derweil sind Werke aus Solingen in Berlin zu sehen. Grade im Paul-Löbe-Haus und später im Ephraim-Palais. In der großen Ausstellung „Zerstörte Vielfalt“ im Deutschen historischen Museum wird darauf hingewiesen. Mit dem „Sieger“-Bild von Georg Metzband. Zwar nur in einer Abbildung, aber immerhin. Das Charlotte-Salomon-Live-Hörspiel, das die Soroptimistinnen 2008 mit dem Kunstmuseum und eben der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft vor einem mehr als ausverkauften Saal servierten war im letzten Jahr in der Landesvertretung NRW erfolgreich präsent.

Wenn man bedenkt, was seit 2009 schon alles möglich gewesen wäre? Aber sei es drum. Vorwärts und nicht vergessen ... Das Zentrum wird zu einem Haus des Austausches werden. Es ist jetzt an der Zeit, dass der Bund seine Verantwortung übernimmt und nicht in ein elitäres, verschlossenes Zentrum nach Marbach verschiebt. Durch die Intervention diverser Nobelpreisträger-



Zeichnungen von Else Lasker-Schüler, die von den Nazis aus der Berliner Nationalgalerie entfernt wurden und nun im Zentrum der verfolgten Künste gezeigt werden.

© Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft

innen (angeregt durch Hajo Jahn) ist ja Bewegung in die Sache gekommen und Kulturstaatsminister Neumann scheint sich auch nicht mit dem millionenbewehrten Vertriebenenzentrum von Frau Steinbach zu begnügen. Aber man denkt schief und an Solingen vorbei. Es wird Zeit, dass die Stadtoberen aufwachen und mit den Landesoberen aus Düsseldorf in Berlin zusammen aktiv werden, damit dieses perspektivische Förderschiff für das Zentrum nicht an Solingen vorüberfährt. Es sind große Ideen gefragt.

Andreas Schäfer
Autor & Regisseur



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen





Löschwasservertrag Ein Betrug ohne Folgen für die Betrüger?

Löschwasser kostet auf einmal nicht mehr 1,3 Millionen, sondern nur noch ca. 400.000 Euro

Mit der Ratssitzung vom 21.2.2013 wurde die jährliche Zahllast der Stadt beim Löschwasservertrag von 1,3 Millionen auf ca. 400.000 Euro gesenkt. Dies war möglich, weil die Kosten der Löschwasserberechnung neu und anders berechnet wurden. Bei der Berechnung des neuen Löschwasservertrages wurde im Gegensatz zum alten Vertrag nicht vom Wiederbeschaffungswert des historischen Wassernetzes ausgegangen. Im alten Vertrag hatte die Verwaltung quasi ein „Gefälligkeitsgutachten“ in Auftrag gegeben, welches das gesamte Jahrzehnte lang aufgebauete Wasserversorgungssystem mit 24 Millionen DM berechnete, wobei vom Wiederbeschaffungswert ausgegangen wurde, welcher mit knapp eine Millionen DM/Jahr an Finanzierungskosten in den jährlichen Pauschalbetrag des Löschwassers eingerechnet war. Dass dieses Wassernetz vor allem durch die Gebühren der Bürger weitgehend bezahlt und damit längst abgeschrieben war, wurde bei der alten Rechnung völlig ignoriert, um den Preis künstlich hochzurechnen. Damit wurde dem Anteilseigner der Solinger Stadtwerke, MVV Energie AG, jähr-

lich, von 2001 bis 2012 quasi eine „verdeckte Gewinnausschüttung“ von 49,9 Prozent der 1,3 Millionen für den Löschwasservertrag gewährt.

3,2 Millionen „verdeckte Gewinnausschüttung“?

Von 2001 bis 2008 wurden der MVV jährlich etwa 650.000 Euro für das Löschwasser überwiesen. Die Jahre 2009 bis 2012 (ursprüngliches Vertragsende 2020) wurden im Rahmen der Rückkaufverhandlungen mit 2,3 Millionen an MVV für das Löschwasser beglichen. Insgesamt hat die Stadt also etwa 7,5 Millionen Euro der MVV zukommen lassen. Das sind, nimmt man die ca. 400.000 Euro, welcher der neue Löschwasservertrag zur Grundlage legt, ca. 4,5 Millionen Euro zuviel, weshalb dieser Betrag quasi als eine „verdeckte Gewinnausschüttung“ bewertet werden kann.

Warum beim alten Löschwasservertrag 19 Prozent Umsatzsteuer gezahlt wurden, während im neuen Vertrag mit nur 7 Prozent gerechnet wird, wirft auch einige Fragen an das Geschäftsgebaren der damaligen Verantwortlichen in der Verwaltung auf. Die Erklärung, dass es sich hier um ein Versehen handeln würde, ist jedenfalls inakzeptabel.

Rechtlich in Ordnung und finanziell unschädlich?

Nun erklärte im Februar dieses Jahres die Verwaltung, dass sowohl die Berechnungsgrundlage für den alten wie für den neuen Löschwasservertrag rechtlich in Ordnung sei und der Stadt hier kein finanzieller Schaden zugefügt wurde. Der Unterschied von 900.000 Euro für ein und dasselbe Produkt, Löschwasser, sei also rechtlich nicht zu beanstanden und finanziell unschädlich.

Warum die Verwaltung dies erklärt, kann meines Erachtens nur damit zusammenhängen, dass sie den Verwaltungsvorstandskollegen, ehemaligen Kämmerer und jetzigen Chef der städtischen Beteiligungsgesellschaft, Ernst Schneider, vor dem Staatsanwalt schützen will. Diese hatte nämlich ein Ermittlungsverfahren gegen Schneider mit der Begründung eingestellt, dass die Stadt Solingen versichert hätte, dass der Löschwasservertrag seriös und rechtlich korrekt begründet war und der Stadt kein finanzieller Schaden entstanden sei. Diese Aussage ist nach der Verabschiedung des neuen Vertrages in der Ratsitzung vom 21. Februar 2013 meines Erachtens nicht mehr haltbar.

Frank Knoche

Unicreditbank

Bürger darf von 50-Millionen-Anlage der Stadt nichts wissen OB würde gerne Politikern einen Maulkorb verpassen

Am 7. Dezember 2012 berichtete der WDR, gestützt auf Aussagen des Geschäftsführers der Solinger Beteiligungsgesellschaft, Ernst Schneider, dass die Stadt 50 Millionen Euro für zehn Jahre bei der deutschen Tochter der italienischen Unicreditbank angelegt habe. Zitiert in dem Bericht wurde auch das grün-offene-Ratsmitglied, Frank Knoche, der sich darüber ärgerte, „dass mit Solinger Geld unlautere Banken unterstützt werden“ und das Geld lieber in reale Geschäfte vor Ort investiert hätte. Diese Aussage nahm der Oberbürgermeister, Norbert Feith, am 13. 12. 2012 zum Anlass Frank Knoche schriftlich aufzufordern zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen. Da das grün-offene Ratsmitglied bis jetzt noch keine Antwort auf seine Stellungnahme erhielt veröffentlicht die tacheles die Antwort an den Oberbürgermeister:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, mit Schreiben vom 13. 12. 2012 fordern Sie mich auf, zu dem WDR-Beitrag (Kritik an Solinger Geldanlage - hier 50 Millionen Euro bei der deutschen Tochter der italienischen Unicredit - Bank) vom 7. 12. 2012 Stellung zu nehmen.

Ich sehe keinen Anlass, mich von meiner richtig wiedergegeben Aussage zu distanzieren. Anstatt zu versuchen, mir zu unterstellen, dass ich das Gebot der Nichtöffentlichkeit verletzt habe, empfehle ich Ihnen vorweg, erst einmal selbstkritisch zu überprüfen, ob nicht Sie selbst das Gebot, solche Angelegenheiten im Umgang mit öffentlichen Mitteln öffentlich zu behandeln, missachtet haben und somit die Mitglieder des Ausschusses in einen unnötigen Gewissenskonflikt gebracht haben. Schließlich wurde das Geschäft zunächst im September 2012 in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen, woraus sich m. E. ergibt, dass auch die teilweise Rücknahme des alten Beschlusses (denn nichts anderes war die Entscheidung im November) in öffentlicher Sitzung hätte verhandelt werden müssen. Dementsprechend wurden Sie ja auch von Ratsmitglied Juliane Hilbricht aufgefordert, eine solch wichtige Entscheidung, wie die zehnjährige Anlage von 50 Millionen Euro öffentlichen Mitteln, auch öffentlich zu verhandeln. Mit Ihrer Ablehnung der Herstellung von Öffentlichkeit brachten Sie die Beteiligten in den Konflikt, entweder das

Prinzip der Wahrung von nichtöffentlichen Angelegenheiten einzuhalten, oder gegen die Verpflichtung, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen, zu verstoßen. Sie können davon ausgehen, dass ich mich in solch berechtigten Zweifelsfällen immer für das Wohl der Gemeinde entscheiden werde. Das war bei den unsäglichen Cross-Border-Leasing-Geschäften, den verlustreichen Zinswetten und dem Löschwasservertrag so und wird bei der risikobehafteten Anlage bei Unicredit nicht anders sein. Im Übrigen hat - wie aus der zitierten Veröffentlichung hervorgeht - der Geschäftsführer der Solinger Beteiligungsgesellschaft, Ernst Schneider, den WDR über die Anlage bei Unicredit informiert. Haben Sie Herrn Schneider auch zu einer Stellungnahme aufgefordert, oder haben Verwaltungsmitglieder einen Freibrief zum „Plaudern“, während Ratsmitglieder einen „Maulkorb“ verpasst bekommen sollen?“

Werner Rügemer: Rating Agenturen

Eine kleine Werbung für ein erhellendes Buch

Rating Agenturen werden in den Medien behandelt wie Staatsorakel. Wenn sie einen Staat auf oder abwerten, wird ihr Urteil häufig zum Top-Thema in Zeitungen, Tagesschau, Radio und diversen Plauderungen im Fernsehen. Und tatsächlich hat ein schlechtes Rating durch die Agenturen teilweise dramatische Folgen für Konzerne, Währungen und ganze Volkswirtschaften. Staaten geraten unter Druck, eine kapitalfreundliche Politik zu betreiben oder sie werden einfach ruiniert. Inzwischen fürchten Regierungen eine Herabstufung mehr als den Verlust der Wählergunst. Denn mitunter müssen Milliarden Euros von einem Tag auf den anderen mehr für Kredite bezahlt werden, nur weil aus A ein B wird. Doch wie kommen diese Bewertungen zu Stande? Wer fertigt sie an?

Werner Rügemer hat in seinem Buch „Rating Agenturen Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart“ die großen Agenturen unter die Lupe genommen. Er liefert in seinem Buch einen Überblick über die „Big Three“ Standard & Poor, Moody's, und Fitch und die bizarre Welt des Finanzkapitals. Die Agenturen bieten neben den Ratings z.B. auch Dienstleistungen an, sie helfen Kunden dabei „Finanzprodukte“ so zu „gestalten“

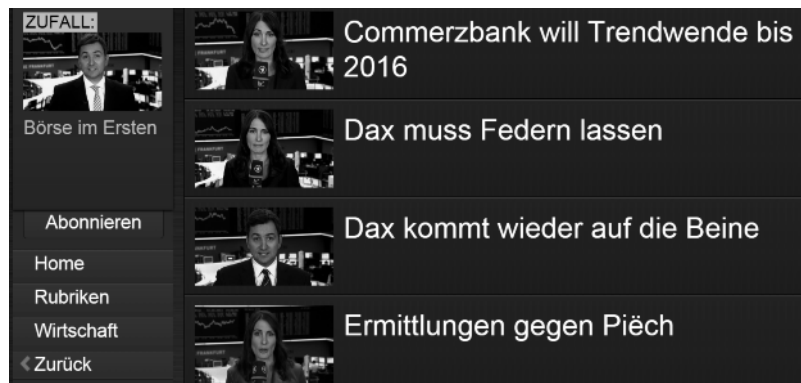
dass sie Bestnoten erhalten. Für die Beratung erhalten sie Geld und für das Rating auch. Schon aus diesem Grund kann von Unabhängigkeit keine Rede sein. Zumal die Beteiligten munter zwischen Unternehmensberatungen, Banken, Politik und Ratingagenturen Posten tauschen. Die Geschäfte und Positionen befinden sich also fest in den

begann 1975, als die Agenturen in den USA staatlich lizenziert wurden. Die weiterhin recht kleinen Unternehmen dehnten ihre Aktivitäten immer weiter aus, beschränkten sich nicht mehr nur auf Firmen, sondern bewerteten nun auch Kommunen und Länder. So fertigen heute ca. 3600 Beschäftigte der Ratingagenturen 2,7 Millionen Ratings an.

Werner Rügemer errechnet in seinem Buch das jeder Analyst der großen Agenturen im Durchschnitt 760 Ratings pro Jahr erstellt, also ca. zwei am Tag, was natürlich Irrsinn ist. Haftbar sind die Agenturen übrigens für ihre „Urteile“ bisher nicht. Auch wenn gelegentlich versucht wird gegen sie zu klagen. Werner Rügemer zeichnet ein detailreiches Bild

der Machenschaften innerhalb der Finanzindustrie und belebt die trockene Materie mit Beispielen aus der Geschichte. Sein Buch hebt sich wohlthuend von den oberflächlichen Berichten in den Medien ab, ohne sich in verschwörungstheoretischen Phantasien zu verlieren.

SJ



Händen einer Finanzelite. Die entscheidende Frage, wem die Agenturen letztlich gehören, kann Werner Rügemer nicht abschließend klären - zu verwoben sind die Besitzverhältnisse. Klar wird hier jedoch, dass die Besitzer von den Ratings profitieren - sie verdienen viel Geld mit den herbei geredeten Krisen. Die Macht der Agenturen beruht auf ihrem besonderen Status: Ihr Aufstieg zu mächtigen Akteuren innerhalb der Finanzindustrie

Ein paar Gedanken dazu:

Gibt es eine Meldung jenseits des Marktes? Am Ende der alten Tagesschauen wurde kurz der aktuelle Goldpreis und der Wechselkurs des Dollars durchgegeben, manchmal auch der Ölpreis - und das war es dann auch - Wirtschaft in Kurzform. Für die Interessierten gab es spezielle Sendungen, dort wurde recht unaufgeregt berichtet. Lang, lang ist's her.

In meiner Erinnerung trat der Wandel in den Medien in den 90ern ein. Die Wirtschaftsdaten eroberten immer mehr Raum in der Berichterstattung, immer mehr Berichte, Kommentare und Analysen in Zeitungen, Radio und Fernsehen. Es tauchten kleine Datenleisten dauerhaft am Bildrand der Nachrichtenkanäle auf, die wie kleine Gebetsmühlen belanglose Zahlen zum Ruhme Mammons in die Wohnzimmer strahlten. Aktien wurden plötzlich Thema und geleckte Gestalten vor Kurstafeln gaben Belanglosigkeiten von sich. Zusammen mit der Internetblase pusteten sich diese Leute auf, platzen aber leider nicht mit. Dieser Spuk endete leider nicht. Im Gegenteil: das

Börsen und Anlagegefasel griff weiter um sich und hat heute scheinbar alle ergriffen, nichts geht mehr ohne Wirtschaftsexperten. Die Logik des Marktes wird auf alles angewandt und das wird in den Medien nachgebetet. Natürlich werden die Abläufe in „Expertenrunden“ und Kommentaren auch kritisiert: Wirtschaftsdaten werden bezweifelt, die Seriosität von Banken und Zuverlässigkeit von Ratings in Frage gestellt, ein Ackermann wird verachtet, ein Enron Chef landet hinter Gittern, eine neue Initiative zur Kontrolle der Finanzmärkte wird vorgestellt. Aber am nächsten Tag wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben und niemand erinnert sich an das Gequatsche von Gestern. Die Glaubwürdigkeit der „Experten“ leidet nicht dauerhaft. Die Skandale „perlen“ an den Unternehmen, Managern, Experten und Denkweisen ab. Ähnlich wie an unserer „Lotus“ Kanzlerin - Liebe Redaktionen: ES PERLT AB, WEIL IHR ES ABPERLEN LASST! Konfrontiert eure GesprächspartnerInnen doch mal mit ihren Fehleinschätzungen, sagt von wem sie bezahlt werden, stellt doch bitte mal wirklich unangenehme Fragen und fordert konsequent

Antworten - auch auf die Gefahr hin, mit diesen Handlangern des Kapitals zukünftig nicht mehr kuscheln zu können. Ich finde die verantwortungslose Dummheit vieler Journalisten und Redakteure einfach unerträglich. Letztlich betet die Mehrheit von ihnen nur die vorgefertigten Meinungen der PR-Abteilungen nach. Kritische und unabhängige Berichterstattung sieht anders aus. Die Finanzindustrie ist und war immer schon undemokratisch, zynisch, menschenverachtend und häufig kriminell. Sie manipuliert die Politik wo sie kann. Der Markt funktioniert nach selbstgemachten Regeln - nicht nach Naturgesetzen. Die Regeln müssen von demokratisch gewählten Politikern zum Wohle der Menschen und der Umwelt gestaltet werden. Jede Meldung aus dem Finanzsektor muss vor diesem Hintergrund verstanden und vermittelt werden. Die Journalisten der Leit(d)medien oder besser Lightmedien leisten die nötige Aufklärungsarbeit nicht, zu sehr sind sie Teil der Marktlogik. Ich finde das Versagen der Medien bestürzend.

SJ



Ausgewählte Kurzmeldungen

Nanotechnik-Projekte von BAYER

Der BAYER-Konzern hat öffentliche Zuschüsse von mindestens neun Millionen Euro für die Erforschung sogenannter Carbon Nanotubes (CNT) erhalten. Dies geht aus einer auf Anfrage der Coordination gegen BAYER-Gefahren erstellten Aufstellung des Bundesforschungsministeriums (BMBF) hervor. Nanotubes sind winzige Röhren aus Kohlenstoff. Tierversuche zeigen, dass bestimmte CNT - ähnlich wie Asbestfasern - die Entstehung von Krebs begünstigen können. (Coordination gegen BAYER-Gefahren *Presse Info vom 24. Januar 2013*)

Nix mehr mit Schwertern zu Pflugscharen am Hut

„Die Welt um uns verändert sich rasant. ‘Wir übernehmen jetzt Verantwortung für Dinge, über die wir früher nicht einmal nachgedacht hätte’, so hat es kürzlich General Carl-Hubertus von Butler ausgedrückt, bis vor kurzem Befehlshaber des Heeresführungskommandos. Vor wenigen Tagen ging durch die Presse, wie sich die Bundeswehr für den so genannten ‘Cyberkrieg’ rüstet. Und während wir hier sitzen, stehen Tausende von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr auf drei Kontinenten in Einsätzen ihren Mann und ihre Frau“

(Aus der Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck beim Antrittsbesuch bei der Bundeswehr am 12. Juni 2012 in Hamburg)

Wasserprivatisierung durch die Hintertür

Die Privatisierung der Trinkwasserversorgung hat durch die Eurokrise wieder Fahrt aufgenommen. Griechenland und Portugal wurden bereits von der Troika genötigt, Teile ihrer öffentlichen Trinkwasserversorgung zu privatisieren. Doch dies könnte nur der Beginn einer neuen großen Privatisierungswelle sein, die auch vor Deutschland nicht halt macht. Fiskalpakt und Schuldenbremse könnten schon bald europaweit die öffentliche Hand zwingen, die Trinkwasserversorgung zu privatisieren und mit einem neuen Richtlinienvorschlag zur Konzessionsvergabe will die EU-Kommission die dafür nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

(Jens Berger *NachDenkseiten* - 24.01.2013)

Bahrain oder Wie man Diktaturen stabilisiert

Eine aktuelle OECD-Beschwerde über die mutmaßliche Lieferung deutscher Spionage-technologie nach Bahrain beleuchtet die vielfältige deutsche Zuarbeit für das dortige Folterregime. Wie mehrere Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen erklären, hätten die aus einer Sparte des Siemens-Konzerns hervorgegangene Münchner Trovicor GmbH und die deutsch-britische Gamma Group das Regime Bahrains mutmaßlich mit Überwachungssoftware ausge-

stattet, die im Rahmen von Folter und zur Niederschlagung von Protesten genutzt worden sei. Tatsächlich bemühen sich deutsche Firmen aus der Security-Branche seit Jahren um Aufträge nicht nur in Bahrain, sondern auch in anderen arabischen Diktaturen - vom Staat gefördert: „Angesichts des ‘Arabischen Frühlings’ und eines spürbaren regionalen Konfliktpotenzials“ gebe es auf der arabischen Halbinsel großen Bedarf an Repressionstechnologie, warb Ende 2011 die bundeseigene Außenwirtschaftsagentur vor einer entsprechenden Messe in Dubai. Private Geschäfte gehen dabei auch mit Aktivitäten staatlicher Behörden einher; das Bundeskriminalamt etwa schult bahrainische Repressionskräfte. Die Bundesregierung genehmigt darüber hinaus die Ausfuhr von Schusswaffen und Munition nach Bahrain. (Newsletter vom 08.02.2013 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58531>)

Der saudische Prinz ist Immer dabei

Eine Schlüsselfigur aus dem Afghanistan-Krieg der 1980er Jahre hat Ende Januar in Deutschland für die Hochrüstung der Aufständischen in Syrien geworben. Man müsse den Rebellenmilizen Panzer- und Luftabwehrraketen beschaffen, fordert Prinz Turki al Faisal, ein einflussreiches Mitglied des saudischen Herrscherclans. Turki al Faisal hatte sich in den 1980er Jahren als Chef des saudischen Geheimdienstes damit befasst, die afghanischen Milizionäre mit Waffen für den Kampf gegen die Regierung auszustatten. Damals hatte er mit Usama bin Laden kooperiert, der sich an den afghanischen Aufständen beteiligte - „ein netter Kerl“, wie Turki erklärt. Turki trat auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz auf, auf der über weitere westliche Hilfen für die Aufständischen in Syrien debattiert wurde. (Newsletter vom 06.02.2013 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58529>)

Eine lange Phase der Instabilität

Die Bundeswehr weitet ihre Beteiligung am Krieg in Mali aus und richtet einen festen Lufttransportstützpunkt im senegalesischen Dakar ein. Transall-Flieger der deutschen Luftwaffe werden über ihn die Truppen- und Materialtransporte für künftige Kämpfe im Norden Malis abwickeln. Berliner Regierungsberater sagen dem Land „eine lange Phase der Instabilität“ voraus. Um die Spielräume der islamistischen Milizen in der Sahara zu beschränken, die nach dem Sturz des

Gaddafi-Regimes und dem Zusammenbruch staatlicher Strukturen in Süd-Libyen gewachsen sind, will die EU die Grenzabschottung in den Wüstenregionen Nordafrikas verstärken. Dafür sind EU-„Missionen“ in Libyen und Niger geplant. In Berlin wird eine deutsche Beteiligung erwogen. Deutsche Unternehmen haben Interesse an der lukrativen Hochrüstung der Grenzanlagen.

(Newsletter vom 04.02.2013 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58526>)

Die Geopolitik der Energie

Mit einer Debatte über den neuen Öl- und Gasboom in den Vereinigten Staaten begann die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz. Hintergrund ist der beträchtliche Anstieg der Ressourcenförderung in den USA, der mit Hilfe der umstrittenen „Fracking“-Technologie erzielt wird. Fachleute gehen davon aus, dass die USA ihre Energieimporte in den kommenden Jahren erheblich senken können - und dass dies weitreichende Veränderungen der „Geopolitik der Energie“ mit sich bringt. Demnach sei es möglich, dass die Vereinigten Staaten ihre ökonomische Krise überwinden, dass ihre Abhängigkeit von unsicheren Weltregionen schrumpfe, dass China unter Druck gerate sowie Russland empfindlich geschwächt werde. Entsprechende Überlegungen sind Mitte Januar mittels der Weitergabe eines BND-Papiers an die Medien in die öffentliche Debatte transportiert worden.

(Newsletter vom 01.02.2013 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58525>)

Eismeer statt Wüstensand

Deutsche Marine-Experten sagen eine weitreichende Militarisierung der Arktis voraus. Wie es in aktuellen Analysen des Fachblattes MarineForum heißt, treibe das Abschmelzen der Eisdecke im Polarmeer und der dadurch ermöglichte Zugriff auf Rohstofflagerstätten und Seewege im Hohen Norden die Konkurrenz der Arktisanrainer deutlich voran.



(Newsletter vom 14.01.2014 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58507>)

Mit Diktatoren in den Krieg

Die Bundeswehr verstärkt ihre Kriegsbereitschaft mit den Diktaturen der Arabischen Halbinsel. Zum Jahresende hat die deutsche Luftwaffe zwei größere Trainingsmaßnahmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten absolviert, die jeweils gemeinsame Gewaltoperationen zum Inhalt hatten. Beteiligt waren neben emiratischen Soldaten unter anderem Militärs aus Saudi-Arabien, Qatar und NATO-Staaten. Eine der Maßnahmen hatte ausdrücklich ein „fiktives Krisenszenario in der Golf-Region“ zum Inhalt, in dem Deutschland „einem befreundeten Staat zu Hilfe“ eilen müsse. Die derzeit einzig denkbare Konkretisierung dieses Szenarios wäre ein Krieg gegen Iran, in dem die NATO und die Golfdiktaturen gemeinsam kämpften.

(Newsletter vom 11.01.2013 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58506>)

Die Warlords als Oligarchen

Scharfe Grundsatzkritik an der Afghanistan-Politik des Westens übt einer der erfahrensten deutschen Afghanistan-Experten. Wie der Co-Direktor des Afghanistan Analysts Network (AAN), Thomas Ruttig, in einer aktuellen Analyse urteilt, hat sich unter der Kontrolle der NATO in Kabul eine „Neo-Oligarchie“ entwickelt, die zu beträchtlichen Teilen aus berüchtigten Warlords besteht. Diese sind in der Bevölkerung wegen ihrer brutalen Willkürherrschaft verhasst; ihre Milizen wurden jedoch vom Westen im Krieg gegen das Taliban-Regime ab Oktober 2001

als Bodentruppen genutzt, und seither konnten die Warlords ihre Stellung als Verbündete der NATO deutlich stärken. Tatsächlich wurden sie bereits auf der Bonner Petersberg-Konferenz Ende 2001 protegiert - auf Kosten demokratischer Kräfte. Inzwischen hätten sie - gemeinsam mit der Fraktion um Staatspräsident Hamid Karzai - in Afghanistan „die Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik und Sicherheitssektor“ inne, gleichzeitig aber „keinerlei Interesse an funktionierenden demokratischen Institutionen“, schreibt Ruttig. Der Westen trage die Verantwortung für den Aufstieg der Warlords, der eine gedeihliche Entwicklung am Hindukusch vollkommen unmöglich mache. (Newsletter vom 21.12.2012 - www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58500)

Personalmanagement

In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit forciert die Bundeswehr die Rekrutierung von Jugendlichen und Heranwachsenden. Integraler Bestandteil der entsprechenden Maßnahmen ist die Auflösung der Kreiswehrrersatzämter und ihre Ersetzung durch so genannte Karrierecenter. Die Zahl der neuen Personalwerbbeeinrichtungen wird die der bisherigen Kreiswehrrersatzämter um mehr als das Fünffache übersteigen. Hintergrund ist der stetig voranschreitende Umbau der Bundeswehr zu einer ausschließlich aus Berufssoldaten und Zivilangestellten bestehenden Interventions- und Besatzungsarmee. Um die Deckung des Personalbedarfs der Truppe zentral steuern zu können, wurde erst unlängst ein „Bundesamt für Personalmanagement“ ins Leben gerufen. (Newsletter vom 14.12.2012 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58486>)

[man-foreign-policy.com/de/fulltext/58491](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58491))

BAYER erhöht Produktion von hochgefährlichem Pestizid

Die Firma Bayer CropScience hat angekündigt, die Produktion des hochgefährlichen Herbizids Glufosinat (Markennamen: BASTA und LIBERTY) erneut zu erhöhen. Glufosinat gehört zu den rund 20 Pestiziden, die von der EU wegen ihrer hohen Gefahren für Landwirte und Verbraucher/innen aus dem Verkehr gezogen werden. Trotz der seit langem bekannten Risiken hatte BAYER bereits vor drei Jahren die Glufosinat-Produktion erhöht, vor allem für den Export nach Nord- und Südamerika. Nach Auffassung der Coordination gegen BAYER-Gefahren ist dies ein klassischer Fall von doppelten Sicherheits-Standards.

Presse-Info der Coordination gegen BAYER-Gefahren vom 22. Februar 2013

Der Elsass in vorderster Front

Deutschsprachige Autonomisten in Ostfrankreich bejubeln den Beschluss französischer Gremien zur Gründung eines „elsässischen Landrats“ und fordern für die zugehörige Region Elsass Autonomierechte wie in Südtirol. Das Ziel sei letztlich eine Autonomie, wie sie die norditalienische Provinz Südtirol besitze. In Südtirol wird gegenwärtig in zunehmender Intensität die Abspaltung von Italien gefordert.

(Newsletter vom 10.12.2012 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58486>)

Ein Stabilitätsfaktor

In der Debatte um die mögliche Lieferung deutscher Radpanzer an Saudi-Arabien bekräftigen Regierungspolitiker die Bedeutung Riads für die deutsche Mittelost-Politik. Tatsächlich wird die Golfdiktatur schon seit Jahren von Deutschland mit Kriegsgüter beliefert, da sie als geeignet gilt, den Aufstieg Irans zu behindern. Die deutschen „Boxer“-Radpanzer, deren Verkauf an Riad jetzt zur Debatte steht, sind unter anderem für die Aufstandsbekämpfung geeignet. (Newsletter vom 05.12.2012 - <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58483>)

Europas Gewässer zu 88 % überfischt

Durch Überfischung sind weltweit bereits 90% der großen Raubfische, wie zum Beispiel Thunfische, Haie und Kabeljaue, vernichtet worden. Das kolossale Versagen der EU-Fischereipolitik hat zu dem Kollaps beigetragen. 88% der europäischen Gewässer sind überfischt und die monströsen Boote müssen deshalb immer weiter hinaus fahren, um die Gewässer von Afrika bis zum Pazifik zu plündern. (Avaaz-Infodienst 05.02.2013)



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv
Bergischer Naturschutzverein e.V.
OV Solingen, rbn@rbn-solingen.de
www.rbn-solingen.de



Jobcenter muss Diensttelefonliste offen legen!

Dies entschied das Verwaltungsgericht Leipzig (Az: 5 K 981/11) am 10.1.2013. Geklagt auf Zugang zu den Durchwahlnummern der mit Bürgerkontakt tätigen Mitarbeiter des Jobcenters hatte die Kanzlei fsn-recht Rechtsanwälte. „Wir begrüßen das Urteil ausdrücklich! In unserer täglichen Arbeit sehen wir täglich, wie Hilfebedürftige durch Fehler des Jobcenters in existentielle Notsituationen geraten. Eine dann notwendige schnelle Hilfe wird durch die derzeitige Abfertigung der Betroffenen in einem Callcenter systematisch verhindert. Im Callcenter selbst erfolgt keine inhaltliche Bearbeitung und auch eine direkte Weitervermittlung an Sachbearbeiter ist nicht möglich.“ teilte Rechtsanwalt Dirk Feiertag hierzu mit. (Newsletter Harald Thomé)

Internet von zentraler Bedeutung für die Lebensführung

Der Bundesgerichtshof hat am 24.1.2013 in einem Urteil die herausragende Rolle des Internets im Allgemeinen ausgearbeitet: „Die Nutzbarkeit des Internets ist ein Wirtschaftsgut, dessen ständige Verfügbarkeit seit längerer Zeit auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung typischerweise von zentraler Bedeutung ist. ... Der überwiegende Teil der Einwohner Deutschlands bedient sich täglich des Internets. Damit hat es sich zu einem die Lebensgestaltung eines Großteils der Bevölkerung entscheidend mitprägenden Medium entwickelt.“, so der BGH mit Urteil vom 24.1.2013 - III ZR 98/12. Diese signifikante Rolle des Internets ist aber noch nicht bei den Sozialgerichten angekommen. (Newsletter Harald Thomé)

Zusammengestellt von F. Knoche

Wer oder was ist ATTAC?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen.

Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf. Denn: Eine andere Welt ist möglich!

Bei unseren Veranstaltungen und den monatlichen Treffen - normalerweise an jedem 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, Solingen - sind interessierte Mitmenschen immer willkommen.

Kontakt: solingen@attac.de
Birgit Correns Tel.: 0212 / 801 57



Veranstaltungen des Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus zum 20. Jahrestag des Brandanschlages

22. Mai, Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 19.30 Uhr: Situation der Flüchtlinge in Solingen und bundesweit gestern und heute - 20 Jahre danach.

24. Mai, VHS Forum, Mummstraße 10, 18.00 Einlass/18.30 Beginn: Rechtsextremismus, -terrorismus und staatliches Handeln gestern und heute - 20 Jahre danach. Referent: Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt/Publizist, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte). Veranstaltung in Kooperation mit der Bergischen VHS.

25. Mai, Südpark, Alexander-Coppel-Straße, 13.00 Uhr: Demonstration. 20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen: Rassismus tötet!

29. Mai, Rathausplatz 1: 19.00 Uhr Kundgebung, ab 19.30 Uhr Gedenkdemonstration. 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag: Das Problem heißt Rassismus.

Aktuelle Infos zu weiteren Veranstaltungen zum Jahrestag des Brandanschlages unter:

www.toleranz.vielfalt.solingen.de

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigratInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

„Hüört Ens“

Van alleïn, sach, do löppt nämlech garnix,
van alleïn, do schlöppß de vleihts en,
on wenn de ihrlech wellß, dat sech noch jet
ängert,
dann wierd ens wackreg on schlop nit wiër
en! (Georg Zangl)

Das Projekt „Hüört Ens“ steht für qualitativ hochwertige Musik und ist der Ausdruck einer lebendigen Gegenkultur in unserer Stadt.

Es ist ein Ausruf, ein Fanal: „Hört mal - in dieser Stadt gibt es Menschen, die etwas zu sagen haben“.

Die teilnehmenden Künstler setzen sich mit Ihrer Stadt und ihrem persönlichen Umfeld auseinander; greifen lokalpolitische Themen und regionale Eigenarten auf, oder besingen einfach das Leben - und das in Solinger Platt. „Hüört Ens“, am Werwolf gelegen, war Solingens erste Pommestube.

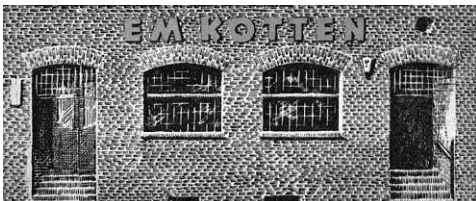
Jung und Alt kehrten hier nach dem Schwimmen im Birker Bad ein und genossen dieses in den 60er Jahren „neue Angebot“. Außer Pommies, Backfisch und Muscheln gab es in der „Wirtschaft zum schmierigen Löffel“ auch immer viel über das Solinger Stadt-geschehen zu erfahren.

Der erste Mundart-Sampler, „Hüört Ens, Vol I“ wurde im Jahre 2010 veröffentlicht.

Das Projekt entstand aus einer Idee des gebürtigen Solingers Peter Braatz.

Ende des Jahres 2009 wurde es von ihm und Rolf Leukel aus der Taufe gehoben.

„Lasst uns in dieser Sprache über all das sprechen, dichten und singen, was uns am Herzen liegt, wo uns der Schuh drückt oder es juckt - ein jeder, wie er es mag und kann. Unzensuriert, lustig, poetisch, ungeschönt, kritisch und lie-



EM KOTTEN

Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582
weitere Infos unter
www.em-kotten.de



Rolf Leukel Foto: Dennis Szameitat

bevoll.“ Das war und ist die Motivation der „Mache“.

Für die erste Produktion von „Hüört Ens, Vol.1“ riefen Peter Braatz und Rolf Leukel befreundete Musiker und Künstler zur Teilnahme auf.

Voraussetzung war: jeder Titel sollte eine

Tageblatt wurde leider vom Verlag abgelehnt. Bevor der „Verleger“ seine Unterstützung zusagen wollte, bat er die Texte einsehen zu dürfen. Nach Übersendung zweier Titel war unsere Hoffnung auf eine Präsentation durch Solingens größte Tageszeitung gestorben. Liebes Tageblatt: Wenn man die Kriterien des



Georg Zangl Foto: Dennis Szameitat

Eigenkomposition und jeder Teilnehmer für die Produktion seines Beitrags verantwortlich sein.

Es gab eine überwältigende Resonanz: alle Angefragten waren begeistert und gaben die Zusage, einen Song in Solinger Platt zu produzieren.

Eine große Hilfe bei der Umsetzung der Texte in „Solinger Platt“ war Andreas Erdmann, sachkundiges Mitglied der „Hangkgeschmeddeten“.

Eine Präsentation durch das Solinger

Solinger Tageblattes auf die Weltliteratur anwenden würde - wären 90 % dieser nicht existent.

Am 24. Okt. 2010 fand dann die Record-Release-Party von „Hüört Ens, Vol.1“ in der Cobra statt. Fast alle auf der CD vertretenen Künstler präsentierten „live“ ihren Beitrag auf „Solinger Platt“ in einem bunten musikalischen Mix: von Rock, Blues, Reggae, Punk, Singer- und Songwriter war alles vertreten. Natürlich wurde auch eine Internetpräsenz eingerichtet:



www.solingerplatt.de

Dort gibt es die Möglichkeit, sich in beide bisher erfolgten Veröffentlichungen hineinzuhören. Wenn man des „Solinger Platts“ nicht so mächtig ist, aber trotzdem verstehen möchte, worum es geht, kann man die Texte dort auch auf „Hochdeutsch“ nachlesen.

Nach der positiven Resonanz auf „Hüört Ens 1“ kamen bei der zweiten Produktion „Hüört Ens 2“ noch einige neue Musiker/Innen dazu. Das führte sowohl qualitativ als auch quantitativ zu einer Steigerung bei der zweiten Produktion.

Auf eine erneute Präsentationsanfrage durch das ST verzichteten die Macher aus bekannten Gründen. Die Lokalredaktion stellte das Projekt jedoch in der Vorbereitungsphase ausführlich vor.

Am 8. Dez. 2012 fand schließlich die Record-Release-Party für „Hüört Ens 2“ statt.

„Hüört ens“ ist nicht einfach nur ein regionales Projekt. So produzierte der in Slowenien lebende Filmemacher Peter Braatz seinen Song mit dem amerikanischen Musiker und Produzenten Chris Eckman und slowenischen Musikern in Ljubljana. Auch der überwiegend in China lebende Solinger Musiker „Heidi Widzka“ steuerte einen Titel bei, den er mit seiner chinesischen Band im Land der aufgehenden Sonne eingespielt hatte.

Alles in allem kam bei beiden Produktionen ein hochkarätiges Ergebnis heraus; als Nischenprojekt ein voller Erfolg!

Nachfragen zur CD gab es nicht nur in Solingen - auch Australien und Neuseeland gab es Nachfragen zu diesem Tonträger. Für das Jahr 2014 ist die Produktion einer dritten „Hüört Ens“-CD geplant!

Es war und ist nur möglich durch das Engagement vieler ehrenamtlicher Helfer und Mitstreiter.

„Hüört Ens“ ist übrigens ein Benefiz-Projekt.. Der Überschuss der Produktion von 2010 ging an den Cow-Club, ein Verein, der besonders junge Musiker/Innen fördert und unterstützt. Wohin der Überschuss der Produktion von der „Hüört ens 2“ geht, ist noch offen. Die CD „Hüört Ens 2“ und auch „Hüört Ens, Vol.1“ sind für je € 10,- (plus Versandkosten) per Mail auf der Internetseite: www.solingerplatt.de. zu bestellen.

Birgit Correns

LESERBRIEF

Der Schutz von Nichtraucherern und das Bestreben, den Einfluss der Zigarettenindustrie auf das öffentliche Leben in NRW zurückzudrängen, wurde von der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung bewusst behindert. Mit reichlicher Verspätung, aber immerhin, schickt sich nun die rosarotgrünliche Regierung an, diesen Zustand zu ändern.

Seltsamerweise ist ausgerechnet aus der linken und libertären Bewegung nichts zu diesem Thema zu hören. Ein befreundeter Genosse aus dem Flachland, der namentlich nicht genannt werden möchte, machte sich ans Werk, diesen Zustand zu ändern und schrieb einen Leserbrief an die Düsseldorfer Stadtzeitung Terz. Im folgenden dokumentieren wir dieses Schreiben:

Über das Rauchen und Mitrauchen müssen in linken und libertären Strukturen

Es ist sehr lobenswert, dass in der Terz immer wieder auf die nach wie vor zu hohe Feinstaubbelastung in der Corneliusstrasse und Co hingewiesen wird. Weniger lobenswert ist es, dass mit keinem Wort erwähnt wird, dass die Schadstoff- und Feinstaubbelastung in den sogenannten „Freiräumen für Bewegung“ rund um die Corneliusstrasse (Brause, Linkes Zentrum, Damen und Herren, Solaris, etc...) die Belastung auf der Corneliusstrasse um ein Vielfaches übertrifft. Das macht diese Locations zu No-Go-Areas, zumindest für alle Leute mit vorgeschädigten Atemwegen (5% der Bevölkerung, d.h. eine Millionen Menschen in NRW). Für diese und andere empfindliche Menschen sind diese Räume keinesfalls frei - sie werden massiv ausgegrenzt. Peinlicherweise macht sich dadurch ausgerechnet die Linke zu Handlangern der Zigarettenindustrie und bietet derselben eine Werbepattform.

Lobenswert ist es in diesem Zusammenhang dass die Atomindustrie und Rüstungsindustrie in der Terz immer wieder kritisiert werden. Seltsam allerdings mutet es an, dass die Zigarettenindustrie nie erwähnt wird. Dabei ist diese wohl eine mindest ebenso verbrecherischere Größe im globalen Kapitalismus. Zwar kenne ich persönlich niemanden, der beispielsweise durch Einwirkung von atomarer Strahlung oder durch Kriegswaffen getötet wurde - in meinem Bekanntenkreis finden sich allerdings leider bereits 3 Tote durch Lungenkrebs und etliche „Krüppel“, deren Atemwegsfunktion stark beeinträchtigt ist. Auch wird mensch körperlich und seelisch süchtig nach Zigaretten und bezahlt sein Leben lang dafür, ein Sklave dieser übelsten Sorte von Ausbeutern zu sein.

Es wäre jetzt dringend an der Zeit, dass die linke und libertäre Bewegung diese Problematik thematisiert und ihre Räumlichkeiten unverzüglich und vollständig qualmfrei macht.

Denn Freiheit und Gemeinschaftlichkeit, wohl der kleinste gemeinsame Nenner der Linken, werden in unseren Strukturen tagtäglich mit Füßen getreten bzw. lösen sich in Rauch auf...

PS.: Die Definition von „vollständig Qualmfrei“ bedeutet: 365 Tage / 24 Stunden täglich. Denn der Dreck stinkt zwar nach einer Weile nicht mehr, rieselt aber gemächlich weiter von Decken und Wänden, so dass selbst in Kneipen, die schon jahrelang qualmfrei sind, immer noch deutlich überhöhte Schadstoffwerte gemessen werden.

Zur Situation in Solingen und Umgebung: Leider gibt es in Solingen nicht allzu viele linkslibertäre Zentren ... (Vielleicht fühlt sich der eine oder andere dazu berufen, diesen Zustand zu ändern??!).

Das ehrenwerte Cafe Courage ist aber qualmfrei.

Das Autonome Zentrum in Wuppertal hingegen nicht die Bohne.

Das Autonome Jugendzentrum in Wermelskirchen ist offiziell rauchfrei, jedoch gibt es dort bei manchen Veranstaltungen keine nennenswerten Bestrebungen dies umzusetzen - in Extremfällen rauchen dann schon mal die DJs und später in der Nacht wird eh öfter beschlossen, dass der Qualm um diese Zeit nicht mehr schädlich ist... Außerdem gibt es etliche vermeintlich private Veranstaltungen bei denen geraucht wird... Allerdings hat sich die Situation, im Vergleich zu früher, deutlich verbessert.

In Hilden veranstaltet die Nostromo - Gruppe ab und an Konzerte und andere Veranstaltungen im Jugendzentrum / Mehrzweckhalle Area51. Diese sind auch qualmfrei, was sich aber zu später Stunde leider meist ändert...

Noch ein paar Zahlen:

Jedes Jahr sterben über 100.000 Menschen in Deutschland an den Folgen von Tabakrauch, davon ca.

43.000 an Krebs

37.000 an Herz-Kreislaufkrankungen

20.000 an Atemwegserkrankungen

4.000 an Passivrauchen

95 % derer die mit dem Rauchen anfangen sind unter 21 Jahre alt -

Zielgruppe der Tabakindustrie sind also Kinder, Jugendliche und Heranwachsende

Lediglich 50 % schaffen es, irgendwann wieder aufzuhören - jeder zweite Raucher bleibt süchtig: lebenslanglich!!!

52,2 % des Weltmarktes werden von ganzen vier privatkapitalistischen Tabakkonzernen bedient

Weitere 32 % Weltmarktanteil entfallen auf den staatlichen chinesischen Tabakkonzern - Monopolist in China In Deutschland kontrollieren 7 Hersteller nahezu 100% des Marktes.

gruppeninfos

AG Weiße Rose

Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bündnis Cobra: myspace.com/buendniscobra

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Kontakt: Gerhard Walsken, Walter-Dodde-Straße 21, Tel.: 81 00 56 oder 2 47 43 80

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG-BK Niederberg/Berg, Land: Beratung für Kriegsdienstverweigerer: Kontakt Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung: in den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates, Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel: 0171/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str., Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Lesbentelefon: Montag 20 - 22 h, Tel: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rasismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 28.3.2013, 20h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Tauschring: Treff jeden 2. Montag im Monat (außer Sommerferien und Dez.) 19:30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichsstr. 39

Türkischer Volksverein: Mehrgenerationenhaus, Mercimek-Platz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkreis Stolpersteine: c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom; Mohrenkamp 20, 42653 Solingen, Tel.: 59 07 96